

Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates

Schwerpunktheft ‚der moderne staat‘, Heft 2010

Herausgeberinnen

Anke Hassel (hassel@hertie-school.org)

Susanne Lütz (luetz@zedat.fu-berlin.de)

Call for Papers

Seit Beginn der 1990er Jahre wurde der „Wandel von Staatlichkeit“ vor dem Hintergrund neoliberaler Politikkonzeptionen überwiegend als Rückzug des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft interpretiert. Westliche Industriestaaten trieben die Deregulierung und Liberalisierung von Handels-, Kapital- und auch Arbeitsbeziehungen voran und privatisierten vormals verstaatlichte Infrastruktursektoren. Auch bislang eher marktferne gesellschaftliche Felder (Verwaltung, Umweltsektor, Wasserversorgung, Bildungspolitik) erfuhren eine zunehmende Ökonomisierung und Durchdringung mit marktförmigen Steuerungsmechanismen. Konzepte wie der „Gewährleistungsstaat“ (Schuppert) oder der „aktivierende Staat“ (Blanke/Lamping/Schridde) verwiesen auf einen Rollenwandel des Staates vom „Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager“ (Genschel/Zangl). Zwar verbleibe die Letztverantwortung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben beim Staat, jedoch sei dieser im Geflecht von privaten, trans- und supranationalen Herrschaftsträgern nur einer von mehreren Akteuren. Bestenfalls koordiniere, integriere, initiiere und ergänze der Staat die Herrschaftsausübung anderer nichtstaatlicher Akteure, da er auf deren Kompetenz oder materiellen Ressourcen angewiesen sei. Der Rücknahme von staatlichen Interventionsansprüchen in die Wirtschaft bedeute dabei nicht unbedingt weniger Staatsaufgaben – beispielsweise verloren die europäischen Nationalstaaten Aufgaben der Leistungserbringung in nunmehr privatisierten Infrastruktursektoren, wurden jedoch für die Regulierung zunehmend marktförmiger Transaktionen in Form der Festsetzung von Preisen, Zulassung von Marktteilnehmern oder der Sicherung des Verbraucher- oder Anlegerschutzes verantwortlich. Die Erweiterung des staatlichen Aufgabenspektrums um Aufgaben der Marktregulierung markiere lediglich die Kehrseite der Deregulierung und zeige eine weitere Facette des „Wettbewerbsstaates“ (Cerny), welcher das nationale Territorium nunmehr mit anderen Mitteln in den Weltmarkt integriere.

Das Gesamtbild des auf dem Rückzug befindlichen Nationalstaates scheint im Zuge der aktuellen Weltwirtschafts- und Finanzkrise nun vollends ins Gegenteil verkehrt zu werden. Westliche Industriestaaten treten als Krisenmanager, neue Eigentümer, Konjunkturpolitiker, Vertrauensgaranten in den Markt, Regulierer und Industriepolitiker auf – damit greifen sie in einer seit der Depressionsphase der 1930er Jahre nicht mehr gekannten Weise in die Dynamiken des Marktgeschehens ein. Wie verlaufen die nationalstaatlichen Rettungs- und Unterstützungsaktionen in den verschiedenen Ländern, welche Leitbilder und Konfliktlinien zeigen sich dabei zwischen Marktakteuren, Staaten und der supranationalen Ebene, und wie lassen sich die Maßnahmenbündel und Verfahrensabläufe unter Aspekten der Effektivität und Legitimität bewerten? Dies sind die Fragen, denen sich das dms-Schwerpunktheft widmen möchte. Die Beiträge sollten eine komparative

und/oder europabezogene Perspektive einnehmen. Sie sollten sich mit dem Wandel von Staatsfunktionen anhand konkreter Aspekte der Herausforderung durch die Finanzkrise beschäftigen.

Die Themenkomplexe im Einzelnen:

- a) **Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Staatsfinanzierung.** Die Finanzkrise hat einige entwickelte Industrieländer, unter ihnen EU Mitgliedsländer, an den Rand des Staatsbankrotts gebracht. Die Finanzierung der überschuldeten Staatshaushalte über Staatsanleihen und Notkredite fordert die Solidarität zwischen den EU Mitgliedsländern heraus. Die Diskussion über europäische Staatsanleihen wird überschattet durch Eigeninteressen der wirtschaftskräftigeren Länder. Der Beitrag sollte sich mit den Themen Staatsinsolvenzen und den Problemen innereuropäischer Stützungsprozesse beschäftigen.
- b) **Die Ausgestaltung der Konjunkturpakete.** Die Reaktionen nationaler Regierungen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise waren weder einheitlich noch koordiniert. Sie unterschieden sich in der Wahl der Instrumente wie auch in ihrem Umfang. Was sind die Determinanten der Konjunkturpakete? Welche gesellschaftlichen Gruppen profitieren von ihnen? Was ist die Zielsetzung der Regierungen bei ihrer Ausgestaltung? Inwiefern spielen Ordnungspolitik und ökonomischer Sachverstand eine Rolle?
- c) **Die Problematik der Finanzmarkt- und Bankenregulierung.** Bei der Finanzmarktregulierung offenbaren sich Unterschiede in den Traditionen der Regulierung, den wirtschaftlichen Interessen der Länder und der Bedeutung der Finanzindustrie. Welche gemeinsamen Perspektiven auf die Finanzmarktregulierungen entwickeln sich? Welche Interessen haben die Finanzindustrie, und wie wirken sie auf den Regulierungsprozess ein? Der Beitrag sollte sich mit einem oder mehreren der folgenden Aspekte beschäftigen: Bankenregulierung, Rechnungslegung, Hedgefonds, Steueroasen.
- d) **Verstaatlichung und Bankeninsolvenz.** Die Rettung und Stützung von Banken hat zu neuen Formen der Verstaatlichung geführt, die in den einzelnen Ländern auf sehr unterschiedliche Reaktionen stieß. Ordnungspolitische und pragmatische Einschätzungen standen sich unversöhnlich gegenüber. Zugleich haben sich unterschiedliche Konstruktionen der Verstaatlichungen entwickelt. Wie sind die Unterschiede dieser Maßnahmen zu erklären? Welches Verständnis von Staatstätigkeit liegt dem zugrunde?
- e) **Die neue Industriepolitik.** Regierungen sind versucht, über Bürgschaften und Beihilfen Unternehmen zu stützen. Die Finanzkrise und die Rezession legen staatliche Hilfen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten nahe. Gewerkschaften fordern Rettungsaktionen und erhalten neues Gewicht in der nationalen Politik. Gleichzeitig sind nationale Hilfen aus europäischer Perspektive schädlich und (sind) wettbewerbsverzerrend.
- f) **Die Handlungsfähigkeit von Regierungszentralen als Krisenmanager.** In der Krise werden ad hoc neue Institutionen und Verfahren eingerichtet, Verwaltungsabläufe außer Kraft gesetzt und Führungsqualitäten treten in den Vordergrund. Das Verhältnis zu demokratischen Verfahren wird belastet, und die Rolle des Parlaments wird weiter reduziert. Welche demokratietheoretischen Probleme entstehen aus der Krisenbewältigung?

Abstracts von bis zu 500 Wörtern sollten bis zum **01. Oktober 2009** an eine der Herausgeberinnen versandt werden. Es ist ein Autorenworkshop im Frühjahr 2010 geplant. Abgabeschluss der überarbeiteten Manuskripte ist der 1. Juli 2010.